

A b d r u c k
Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreisausschusses
von Montag, den 10.12.2012,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:	14:00 Uhr
Ende der Sitzung:	16:50 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 16:55 Uhr bis 17:25 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Herr Dietmar Andre
Herr Joachim Bieber
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Herr Dr. Heinz Kaiser
Herr Dr. Heinz Linduschka
Herr Jürgen Reinhard
Herr Ludwig Ritter
Herr Jens Marco Scherf
Herr Dr. Ulrich Schüren
Herr Erich Stappel
Herr Bernhard Stolz

Stellv. Ausschussmitglieder

Herr Hermann Spinnler

Entschuldigt gefehlt hat:

Ausschussmitglied

Herr Matthias Luxem

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Gerhard Rüth, UB 1	
Herr Dietmar Fieger, UB 2	
Herr Kurt Straub, UB 3	
Herr Rainer Wöber, UB 4	
Herr Steffen Krämer, UB 4.1	
Herr Wolfgang Leibleib, Sachgebiet 22	TOP 1
Herr Gerald Rosel, Abteilung 3	TOP 3

Ferner hat teilgenommen:

Herr Karlheinz Betz, Nahverkehrsbeauftragter	TOP 3
--	-------

Tagesordnung:

- 1 Rechenschaftsbericht: Verwendung der Mittel Otto-Ackermann-Fonds 2011 und 2012
- 2 Beratung und Empfehlungsbeschluss über den Haushaltsplan 2013 des Landkreises Miltenberg mit Behandlung der vorliegenden Anträge
- 3 ÖPNV-Maßnahmen 2013:
Förderung von Ausrüstungsgegenständen der Verkehrsunternehmen –
Anpassung der Förderkriterien
- 4 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Rechenschaftsbericht: Verwendung der Mittel Otto-Ackermann-Fonds 2011 und 2012

Herr Wolfgang Leiblein gab den Rechenschaftsbericht über die Verwendung der Mittel des Otto-Ackermann-Fonds für die Jahre 2011 und 2012 anhand der anliegenden Unterlagen.

Auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Linduschka zur längerfristigen Anlage bei guten Zinsbedingungen und zum Eigenanteil antwortete Herr Leiblein, man habe immer langfristig angelegt, aber die Verträge seien ausgelaufen und momentan sei eben wenig am Geldmarkt zu holen. Der Eigenanteil sei nicht prozentual festgelegt, sondern werde individuell nach Bedarf festgelegt.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nahmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Beratung und Empfehlungsbeschluss über den Haushaltsplan 2013 des Landkreises Miltenberg mit Behandlung der vorliegenden Anträge

Landrat Schwing begann, man habe die Haushaltsberatungen erstmals so, wie es sein sollte, nämlich im alten Jahr, also vor dem eigentlichen Haushaltsjahr. Seit Jahren sei dies ein Ziel von ihm gewesen, aber man habe es bisher noch nie geschafft. Eigentlich sollte dies aber der Normalfall sein.

Die Landkreisverwaltung schlage eine unveränderte Kreisumlage für das Jahr 2013 vor, nämlich unveränderte 46% wie in 2012 auch. Er erinnere trotzdem daran, dass dies der günstigste Hebesatz in ganz Unterfranken gewesen sei. Man habe dies nur erreichen können, indem man eine 4%ige Erhöhung der Bezirksumlage selbst geschultert habe, ohne etwas davon weiterzugeben.

Man lege einen Haushalt vor, in dem die (so oft kritisierten) Rücklagen am Ende des nächsten Haushaltsjahres gegen Null gehen werden.

Auf der anderen Seite wisse man auch, dass Haushalte nur eine Momentaufnahme seien. Auch seien Beschlüsse aus der Vergangenheit zu berücksichtigen, die noch in die Zukunft hinüberreichen und auch weitere Haushalte betreffen. Er erinnerte an den Kreistagsbeschluss vor sieben Jahren, keine Nettoneuverschuldung mehr zuzulassen, daran habe man sich auch trotz hoher Investitionsraten gehalten. Man habe kontinuierlich sechs Jahre lang Schulden abgebaut und damit für alle wesentlich mehr Spielraum erreicht, auch für die zukünftigen Kreistage. Man habe außerdem ein Schulbauprogramm mit rund 45 Mio. Euro abgewickelt und bereits ein neues Programm mit 40 Mio. Euro beschlossen, das in den nächsten zehn Jahren umgesetzt werden soll. Hier habe man auch Erwartungen geweckt, die man erfüllen müsse. Die Notwendigkeit sei unbestritten.

Auch vor Fukushima sei man sich einig gewesen, dass man bei den Energieeinsparungen etwas tun müsse und man dort Vorreiter mit den Landkreisgebäuden sein wolle. Er bat hier zu berücksichtigen, dass man eine ganz andere rechtliche Situation habe als unsere Städte und Gemeinden. Für Landkreise sei dies keine originäre Aufgabe. Die anderen kommunalen Spitzenverbände, insbesondere der Gemeindetag, wehre sich vehement dagegen, dass dies geändert werde. Auch hier werde man in Zukunft gefordert sein, in 2012 hatte man 378.000 Euro nur für energetische Maßnahmen vorgesehen, im neuen Haushalt nochmal deutlich mehr mit 564.000 Euro. Die Tendenz in diesem Bereich werde steigend sein. In der Untersuchung der Landkreisgebäude warten noch bis zu 12 Mio. Euro auf die Umsetzung.

Auch bei der Breitbandversorgung werde man, auch wenn es nicht originäres Thema sei, strukturschwache Gebiete im Landkreis vermeiden müssen. Daher habe man sich aufgerufen gefühlt, gemeinsam mit den Kommunen, hier eine Machbarkeitsstudie durchzuführen und dafür zu sorgen, dass möglichst alle Kommunen entsprechende Anschlüsse bekommen.

Noch sei dies nicht gelungen, aber man habe einen großen Fortschritt erzielt. Dies müsse weiterhin ein Ziel sein.

In der Zwischenzeit seien aber nicht nur Belastungen, sondern teilweise auch unerwartete Entlastungen eingetreten. Zum einen habe der Bezirk vor, die Bezirksumlage um 0,6% zu senken, dies entspräche für den Landkreis 615.000 Euro; zum anderen habe man bei den Schlüsselzuweisungen einen unerwarteten Nachschlag erhalten, da man deutlich über dem Landesdurchschnitt beim Steuerkraftzuwachs liege. 921.000 Euro kämen hier zusätzlich heraus, mehr als eingeplant. Man müsse aber dazu sagen, Schlüsselzuweisungen werden aber vom Freistaat Bayern zur Stärkung der eigenen Finanzen an die Kommunen gezahlt. Dem gegenüber habe man natürlich auch Belastungen, die man sich freiwillig aufgeladen habe, beispielsweise die Übernahme der Betriebskosten der Deponie Rück-Schippach in Höhe von 379.000 Euro (die normalerweise separat über eine Kreisumlageerhöhung auszuweisen seien, was man nicht getan habe) oder der flächendeckenden Schulsozialarbeit in Höhe von rund 200.000 Euro.

Es könne nicht sein, dass man immer dann, wenn der Bezirk erhöhe, 4%ige Umlageerhöhungen schlucke, ohne dies kompensieren zu können; und dann, wenn der Bezirk kleinere Senkungen veranlasse, aufgefordert werde, gleich mindestens um 1% die Kreisumlage zu senken. Dies passe ganz einfach nicht zusammen bei weiterhin steigenden Ausgaben. Man habe auch Verantwortung für die kommenden Haushalte. Gerade der Haushalt 2014 werde nicht einfach werden. Er wisse, dass neben ihm auch eine ganze Reihe Kolleginnen und Kollegen ausscheiden und man könne nicht nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ handeln, dies sei kein gutes Motto. Man sollte versuchen, einen geordneten Haushalt an den nächsten Kreistag zu übergeben. Dies werde schwer genug werden.

Wichtig sei auch, Glaubwürdigkeit in der Politik zu beweisen, gerade an der kommunalpolitischen Front. Man sei hier viel näher an den Menschen als Bund oder Land.

Kämmerer Straub gab anhand der anliegenden Präsentation und der Haushaltssatzung weitere Erläuterungen zum Haushalt.

Landrat Schwing wies auf die vorliegenden Anträge hin:

- 1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und ödp auf Nahwärmeversorgung Miltenberg-Nord**
- 2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Einstellung eines Energiemanagers**
- 3. Antrag der Fraktion der Freien Wähler auf Finanzierung von Deutschkursen für Asylbewerber**
- 4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und ödp auf Senkung der Kreisumlage um 1%**
- 5. Antrag der Fraktion der Freien Wähler auf Senkung der Kreisumlage um 1%**

Antrag 1:

Landrat Schwing erklärte, er habe mit Kreisrat Frey bei den Vorbesprechungen besprochen, den Antrag im nächsten Jahr nach Durchführung des VOF-Verfahren für die beiden restlichen Schulen den ausgewählten Architekten und Fachingenieuren als Arbeitsmaterial zu übermitteln. Die Stadt Miltenberg müsse hier auch mit ins Boot. Herr Frey sei einverstanden gewesen. Der Antrag sei bereits an Herrn Wosnik weitergeleitet.

Kreisrat Bieber erklärte hierzu, dies sei ein „alter Hut“, seit Monaten spreche man über dieses Thema. Warum man in Form eines Antrages dieses Thema an die Öffentlichkeit führe, verstehe er nicht. Die Gespräche mit der Frifa habe man auch längst geführt. Das Thema werde somit seit längerem behandelt und sei nicht auf der Seite der ödp gewachsen.

Kreisrat Scherf antwortete, er sei mit dem Vorschlag von Landrat Schwing vollkommen einverstanden. Scheinbar seien hier aber unterschiedlichen Auffassungen vorhanden. Kreisrat Frey habe dieses Thema bei der Stadtverwaltung, dem Bauausschuss und auch der Fripa angefragt, dort sei das Thema nicht präsent gewesen. Die Medien hätten dies mittlerweile auch schon dargestellt. Er wolle es dabei belassen. Wahrscheinlich werde es für Miltenberg zum Dauerthema werden.

Landrat Schwing bestätigte allerdings Kreisrat Bieber, dass der Geschäftsführer der Fripa ihm auch bestätigt habe, dass die Gespräche mit der Stadt Miltenberg laufen.

Kreisrat Dr. Schüren wie darauf hin, dass der Antrag nichts mit dem Haushalt zu tun habe.

Antrag 2:

Herr Fieger erläuterte, der Landkreis Miltenberg habe wie die beiden anderen Gebietskörperschaften in der Region den Zuschussantrag für einen Klimaschutzmanager gestellt. Über den Antrag sei bislang noch nicht entschieden worden.

Die Energieagentur für die Region 1 werde bei der ZENTEC in Großwallstadt angesiedelt. Die ZENTEC werde noch im laufenden Monat die Stelle eines (regionalen) Energiemanagers ausschreiben. Die Personalauswahl sei für das I. Quartal 2013 vorgesehen.

Insgesamt gehe es darum, Doppelstrukturen zu vermeiden. Im Landratsamt Miltenberg sei seit dem 1. Mai 2011 Herr Mario Breunig als „Sachbearbeiter Gebäudewirtschaft“ eingestellt worden. Laut Stellenbeschreibung gehöre zu seinen Aufgaben das „Energiemanagement und -controlling“. Im laufenden Jahr 2012 habe Herr Breunig außerdem bei der Bayerischen Verwaltungsschule die aus fünf Modulen und Abschlussprüfung bestehende Weiterbildung zum kommunalen Energiemanager absolviert.

Sofern es bei dem Konzept für den örtlichen Klimaschutzmanager und dem regionalen Energiemanager bei der ZENTEC und dem örtlichen Energiemanager am Landratsamt keine Doppelstrukturen gebe, wäre die Einstellung eines örtlichen Klimaschutzmanagers am Landratsamt durch den Stellenplan 2013 abgedeckt. Der Stellenplan 2013 für die TVÖD-Beschäftigten weise 203,08 Stellen aus. Tatsächlich seien am 30.06.2012 195,1 Stellen besetzt.

Er schlage vor, die Entwicklung abzuwarten und den Antrag abzulehnen.

Landrat Schwing fügte hinzu, er wolle die Verwirrung nicht perfekt machen, aber es gebe auch Energiemanager beim Amt für ländliche Entwicklung, bei Amt für Landwirtschaft und Forsten, es gebe Energiecoaches der Regierung von Unterfranken und noch mehr. Dies habe dazu geführt, dass die Landräte dies bei der letzten Dienstbesprechung der Landräte beim Regierungspräsidenten energisch kritisiert hätten.

Er bemerkte weiterhin, man habe sich beworben mit den Aschaffener Kollegen, die mittlerweile eine Zusage hätten. Der Landkreis Miltenberg habe noch keine Antwort. Damals habe man im Beschluss aber klar festgehalten, dass man zwar beantrage, dies aber noch keine Entscheidung für eine Einstellung sei. Man habe Herrn Paulus aktiv in der Energieagentur, man habe die ZENTEC, und müsse bei einem Zuschlag erst einmal schauen, was für Aufgaben überhaupt noch da seien.

Kreisrat Scherf erläuterte zum Antrag, die Luft im Haushalt müsse ihrer Meinung nach da sein. Er habe es so verstanden, dass der Stellenplan dies hergebe und der Antrag laufe. Wenn dieser positiv beschieden werde, schaue man sich genau an, was für Aufgaben seien da. Sollte sich am Ende herausstellen, dass diese zu Herrn Breunig passen, dann sei das die Richtung in die man wolle. Heute wolle er dies nicht zerreden, sondern dies müsse man sich im Fachausschuss genau anschauen.

Kreisrat Dr. Schüren erklärte, er sehe gar keine Verwirrung, denn zwei Dinge seien nötig: Eine Stelle im Landratsamt (dies sei im Augenblick mit Herrn Breunig bereits vorhanden) und einen Energiemanager in der ZENTEC (dies erfolge im Laufe des Jahres 2013).

Landrat Schwing fügte hinzu, die Stelle bei der ZENTEC solle noch vor Weihnachten ausgeschrieben werden, damit sie in 2013 besetzt werden könne.

Kreisrat Reinhard stimmte Herrn Dr. Schüren zu. Nach der Aufgabendefinition könne man schauen, ob man noch jemanden zusätzlich brauche.

Kreisrat Dr. Fahn bat um möglichst baldige Umsetzung.

Landrat Schwing antwortete ihm, diesen Appell müsse er an höhere Stelle richten. Wenn es nach uns ginge, wäre man schon wesentlich weiter.

Der Antrag werde also an den zuständigen Ausschuss weitergeleitet und von dort entschieden.

Antrag 3:

Landrat Schwing empfahl, diesem Antrag nicht näherzutreten. Es sei unbestritten, dass dies sinnvoll sein könne. Es wäre aber eine freiwillige Leistung des Landkreises. Der Freistaat Bayern und auch der Bund haben hier kein Personal vorgesehen und verlassen sich darauf, dass vor Ort die Last abgenommen werde. Man müsse dafür sorgen, dass hier etwas zur Unterstützung der Kommunen komme. Wenn man die Last abnehme, bestünde keine Veranlassung für den Staat, hier etwas zu ändern.

Kreisrat Dr. Fahn erklärte, es liege an der Bayerischen Staatsregierung. Es gebe wohl einen Grundsatz, die Rückkehrbereitschaft zu fördern. Das sei die offizielle Linie, die Realität sehe aber anders aus. 15% aller Asylbewerber leben länger als fünf Jahre in Bayern, 3,5% länger als zehn Jahre. Die Leute seien also hier und müssten sich orientieren und auch kommunizieren. Bei den Sprachproblemen müsse geholfen werden. Andere Kommunen würden dies auch tun. Es sei zwar eine freiwillige aber wichtige Leistung.

Landrat Schwing stimmte ihm weitestgehend zu, aber er sehe nicht ein, dass dies ausgerechnet die Kommunen, die es am notwendigsten haben, bezahlen sollen. Für Gemeinschaftsunterkünfte sei allerdings die Regierung von Unterfranken zuständig. Die Ausweichunterkünfte müssen aber wir auf unsere Kosten betreuen. Hilfe aus Berlin und München wäre hier hilfreich.

Kreisrat Dr. Schüren äußerte seine Sympathie zum vorliegenden Sachverhalt. Er sehe aber auch die Probleme und es werde keine Lösung im Haushalt dafür geben. Er könnte sich aber beispielsweise vorstellen, dass man diese Deutschkurse zumindest denen anbiete, die relativ langfristig in ein Asylverfahren involviert seien. Man habe die Möglichkeit mit den Sozialverbänden zu reden (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Volkshochschulen...). Aber nicht aus dem Haushalt des Landkreises Miltenberg, dies wäre ein Präzedenzfall.

Landrat Schwing antwortete, soweit er das überblicken könne, funktioniere dies im Landkreis. Die Caritas habe sogar eine eigene Stelle geschaffen. Teilweise gebe es Sprachkurse vor Ort, aber nicht überall.

Kreisrat Dr. Linduschka erklärte, seiner Ansicht nach dürfe man kein Tabu zu diesem Thema in Kreishaushalt setzen. Bei so einem Thema gehe es um Humanität, hier müsse man vor Ort etwas tun. Er sei auch dafür, die Kreisumlage nicht zu senken, da man als Kreis für flächendeckende gleichmäßige Behandlung und Förderung der Kommunen viel tue. Asylbewerber kommen in verschiedene Kommunen und müssten dort zurechtkommen. Die finanzi-

ellen Verhältnisse in den einzelnen Kommunen seien unterschiedlich. Auch die Möglichkeit über die Verbände sei an den einzelnen Orten verschieden. Eine freiwillige Leistung aus unserem Kreis möglich und denkbar. Er könne dies jedenfalls vertreten und er halte es für eine Grundvoraussetzung um Integration herzustellen.

Kreisrat Andre schloss sich Kreisrat Dr. Schüren an. Er halte es auch für falsch im Kreishaushalt.

Man müsse auch darauf achten, aus welchem Land die Asylbewerber kämen und verwies dabei auf einen aktuellen Artikel der Landkreiszeitung (Seite 607). Problem hierbei sei die Zahl und Herkunft der Asylbewerber.

Kreisrat Dr. Kaiser schloss sich Kreisrat Dr. Linduschka an. Er schlug vor, dass das Landratsamt beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nachhakt wegen Geldern.

Landrat Schwing antwortete, dies müsse der Regierungspräsident tun. Bei ihm habe man auch massiv auf Betreuungspersonal gedrungen, von dort bekomme man die Zuweisung. Es sei auch Thema Nummer Eins beim letzten Landkreistag gewesen. Man habe so beispielsweise auch erreicht, dass Gemeinschaftsunterkünfte mit mehreren Standorten genutzt werden. Die anderen bei uns vorhandenen Unterkünfte seien nicht für Langzeitunterbringung gedacht, sondern für die Spitze einer Welle von Asylbewerbern. Wenn man sich die aktuellen Situationen anschau, müsse man damit rechnen, dass noch mehr zu uns kommen. Bis zum heutigen Tage habe man aber über die Gemeinden noch keine einzige Unterkunft erhalten, trotz drei Veröffentlichungen und Rundschreiben.

Momentan sei der vorliegende Antrag nicht zu verwirklichen, auch im Haushalt könne man allein wegen Präzedenzfällen nichts bereitstellen. Natürlich habe man eine ganze Reihe von Fonds und Stiftungen, sollte es vor Ort einmal finanziell klemmen. In der Regel kümmern sich die Kommunen allerdings gut, diese seien nämlich genauso zur Mitwirkung verpflichtet.

Kreisrat Stappel erklärte ebenfalls, im Kreishaushalt habe dieser Kostenfaktor nichts zu suchen. Er schlug vor, mit den Sozialverbänden zu kommunizieren und um Hilfestellung von Ehrenamtsträgern zu suchen. Vor Ort würden sich sicher Leute finden.

Landrat Schwing antwortete, vor Ort funktioniere dies wirklich recht gut. In Schneeberg habe man beispielsweise eine vorbildliche Betreuung. Vor kurzem sei der Bayerische Rundfunk dort gewesen. Es sei nicht alles so schlecht wie man manchmal meine. Auch in Mönchberg, Wörth und Miltenberg laufe es gut. Sicher seien immer Verbesserungen möglich.

Kreisrat Scherf erklärte, die Menschen die nach Deutschland kommen haben Not, egal aus welchem Land sie kommen. Ansonsten sei der Tenor klar. Ziel sei, dass überall Sprachkurse angeboten werden und man brauche einen Koordinator im Landratsamt.

Landrat Schwing entgegnete, diese Funktion könne nicht im Landratsamt angesiedelt sein. Es müsse vor Ort funktionieren, wenn es dort Probleme gebe, sei man gerne bereit Hilfestellungen zu leisten. Er wolle aber diesem Sachgebiet momentan nicht noch mehr aufhalsen, als sie sowieso schon haben.

Kreisrat Reinhard hinterfragte die Behandlung des Antrages. Das Thema sei sicherlich wichtig und auch schon in der Bürgermeisterdienstbesprechung bearbeitet worden. Eine klare Linie zu finden sei schwierig. Man wolle natürlich auch einen falschen Zungenschlag vermeiden. Wichtig seien die Kurse, der vorgeschlagene Weg sei gut, aber nicht über den Haushalt des Kreises. Man müsse es als Gemeinschaftsaufgabe sehen und gemeinsam herangehen.

Kreisrat Dr. Fahn erklärte, er erwarte die Zusage des Landrates für eine Finanzierung der Sprachkurse bis 25.000 Euro, wenn die Gemeinden Probleme haben sollten. Er halte den Antrag aufrecht.

Landrat Schwing stellte klar, dass er keinerlei Zusage gebe und warnte auch davor, einen solchen Betrag in den Raum zu stellen. Er gebe es ins Sachgebiet weiter und man versuche zu helfen bei Problemen vor Ort. Man werde es nicht über den Haushalt finanzieren, aber andere Möglichkeiten suchen. Verantwortung übernehme er allerdings nicht, wenn es nicht funktioniere. Es sei doch im Interesse des Kreises, die Gemeinden zu unterstützen, und das habe man bisher auch immer getan.

Der Kreisausschuss fasste folgenden

B e s c h l u s s:

Der Antrag der Fraktion der Freien Wähler auf Finanzierung von Deutschkursen für Asylbewerber wurde mehrheitlich (7 zu 6 Stimmen) abgelehnt.

Antrag 4 und 5:

Landrat Schwing schlug vor, diese beiden Anträge zusammen zu behandeln und sie mit in die Schlussabstimmung zu nehmen. Wenn der von der Verwaltung vorliegende Beschlussvorschlag angenommen werde, seien gleichzeitig beide Anträge abgelehnt.

Kreisrat Spinnler erklärte, die Freien Wähler tragen den Haushaltsentwurf 2013 in allen wesentlichen Punkten - bis auf die Höhe der Kreisumlage - voll und ganz mit. Die Fraktion der Freien Wähler habe in der Vergangenheit den finanziellen Kurs des Landkreises stets positiv unterstützt. Allerdings unterscheide man sich in einem wesentlichen Punkt von der Meinung von CSU, SPD und FDP, nämlich wenn es um die Höhe der notwendigen Kreisumlage gehe. In diesem Punkt haben sich die genannten Gruppierungen recht früh in der Presse auf die Beibehaltung des bisherigen Umlagesatzes von 46% für 2013 festgelegt. Jede Festlegung in einem frühen Stadium erschwert natürlich die Bereitschaft, trotz späterer besserer Erkenntnis zu einer anderen Beurteilung zu kommen. Und diese bessere Erkenntnis liege doch inzwischen vor: Die Bezirksumlage betrage nun 21,9% (+ 615.000 Euro); die Schlüsselzuweisungen 16.323.000 Euro (+ 921.000 Euro), die Zinslast 2012 werde 1,4 Mio. Euro betragen. Da wir 2013 noch 1,1 Mio. Euro Schulden tilgen wollen, wird die Zinsbelastung 2013 höchstens 1,4 Mio. Euro betragen. Herr Straub habe 1,9 Mio. Euro angesetzt (+ 500.000 Euro); beim Gebührenaufkommen 2012 werde man 3,4 Mio. Euro einnehmen. Eine Änderung ist für 2013 nicht zu erwarten. Herr Straub habe aber nur 3 Mio. Euro als Einnahmen eingestellt (+ 400.000 Euro). Dies alles ergebe eine Summe von + 2. 436.000 Euro. Dieser Betrag von rund 2,5 Mio. Euro, der augenblicklich im Haushalt 2013 als „stille Reserve“ vorhanden sei, ergebe umgerechnet 2,4 % Kreisumlage. Es sei höchste Zeit auch die Gemeinden an dieser positiven Entwicklung teilhaben zu lassen. Wenn Solidarität gegenseitige Verbundenheit und Hilfsbereitschaft bedeute, dann könne diese Verbundenheit doch nicht nur von den Gemeinden über den Landkreis an den Bezirk gehen, sondern dann müsse man Verbundenheit auch vom Bezirk über den Landkreis bis hinunter in die kleinste Landkreismunicipalität praktizieren. Die Einnahmen des Landkreises Miltenberg seien auch bei einer Kreisumlage von 45% zur Erfüllung seiner Aufgaben völlig ausreichend. Deshalb bitte man den Kreisausschuss, dem Antrag auf Senkung der Kreisumlage 2013 von 46 % auf 45 % zuzustimmen.

Nachdem Kreisrat Spinnler Aschaffenburg als Beispiel nannte, entgegnete Landrat Schwing, dies klinge nach einem Treppenwitz. Aschaffenburg habe eine deutlich höhere Umlagekraft und dies bereits seit vielen Jahren. Der Landkreis Miltenberg habe in 2012 4% geschluckt, hier frage Kreisrat Spinnler auch nicht woher. Im nächsten Jahr sei man bei den Rücklagen auf Null. Er mache hier eine Punkt Betrachtung, ohne die Konsequenzen zu bedenken. Daher sei er auch gegen Auflegung eines neuen Deckenbauprogrammes gewesen, da man im nächsten Jahr für die Hochbaumaßnahmen umschichten müsse. Ab 2014 könne der neue Kreistag darüber entscheiden. Man habe 43 Straßenbaumaßnahmen abgearbeitet bis dahin. Beim Gebührenhaushalt habe man zwei Rekordjahre hinter sich. Die zwei Cashcows seien

die Zulassungsstelle und die Baugenehmigungsbehörde. Diese seien auch beide sehr konjunkturanfällig. Und jeder sage, im nächsten Jahr werde es nicht so weiter gehen wie in diesem Jahr, die Automobilindustrie schwächele bereits. Dann brauche man sich über „Rekordergebnisse“, wie Kreisrat Spinnler es genannt habe, nicht mehr unterhalten.

Er fügte hinzu, die Zustimmung zu den anderen Bereichen des Haushaltes nutze überhaupt nichts, wenn man dem Haushalt nicht zustimme. All das könne nur verwirklicht werden, wenn man dem Haushalt zustimme.

Kreisrat Scherf erklärte, der Antrag sei so schnell am Wochenende durch Kreisrat Scholz gestellt worden, von ihm selbst aber zurückgezogen, da die Haushaltsberatung mit Herrn Straub noch nicht stattgefunden habe. Der Antrag werde nun aber aufrechterhalten.

Kreisrat Dr. Schüren äußerte sich negativ über diese Vorgehensweise.

Kreisrat Scherf fügte hinzu, er verstehe die Aufregung nicht. Er halte auch die Äußerungen von Kreisrat Spinnler für eine sachlich fundierte Auseinandersetzung mit dem Haushalt. Bei gleicher Kreisumlage habe man 4,8 Mio. Euro mehr und somit 1,5 Mio. Euro Luft, so dass man sich in Sachen Kreisumlage bewegen könne. Er sehe keine andere Möglichkeit, als die Kreisumlage zu senken.

Kreisrat Reinhard stellte fest, man habe bei den Vorberatungen bereits von einem akzeptablen und unkritischen Haushalt gesprochen. Aufgrund der Ergebnisse der letzten Jahre könne man festhalten, dass die Haushaltspolitik bisher so falsch nicht gewesen sei und man die Hebel eigentlich immer richtig gestellt habe. Es sei schön und tue gut, dass die Bezirksumlage nicht höher gesetzt worden sei, da man ein erwartetes Ergebnis von 100.000 Euro im Jahr 2013 habe. Und dies bei fast 100 Mio. Haushaltsvolumen. Dies wäre nicht weiter schlimm, wenn man Rücklagen hätte. Diese seien aber im nächsten Jahr weg. Bei den kommenden Belastungen und Investitionen im nächsten Jahr sollte man die Kreisumlage daher so lassen, das Ergebnis verbessern, dafür aber die Schulden reduzieren.

Kreisrat Dr. Kaiser knüpfte an, man dürfe nicht immer nur ein Jahr betrachten. Er stimmte Kreisrat Reinhard zu, es gehe um die künftigen Ausgaben. Auf seine Frage zum Zeitablauf des Schulbauprogramm antwortete Landrat Schwing, einen zeitlichen Plan für die Umsetzung gebe es bereits, in 2013 werde man mit der Realschule für 10,5 Mio. Euro beginnen. Die Investitionen für die nächsten Jahre können nicht funktionieren, wenn man sich total blank mache und mit der Kreisumlage immer weiter heruntergehe. Viele Landkreise hätten eine deutlich höhere Steuerkraft und kommen zurecht.

Kreisrat Dr. Linduschka erklärte, es entstehe bei der Diskussion der Eindruck, als habe man zwei Gruppen, die Kommunen und der Landkreis, und jeder mache sein Ding – das sei eine Milchmädchenrechnung. Der Landkreis spare und investiere nicht für den Landkreis allein, sondern für jede einzelne Kommune, und zwar unter dem Grundaspekt, innerhalb des Landkreises einigermaßen eine Gleichheit der Lebensverhältnisse darzustellen. Dies könne man mit Rücklagen eben erledigen und dies sei doch das Gute der letzten 10-15 Jahre. Man dürfe nicht den Eindruck erwecken, als spare der Kämmerer jedes Jahr für die eigene Tasche. Er äußerte sich negativ zur Begründung des vorliegenden Antrages. Wenn der Landkreis einen gewissen Spielraum habe, dann sei das doch nicht negativ für die Kommunen. Je knapper die Mittel seien, weil keine Rücklagen mehr da seien, desto häufiger werde man Baustopps und Verschiebungen einlegen müssen, weil Gelder nicht da seien. Gut sei es in den letzten Jahren gelaufen, da man Reserven hatte, die diese Lücken immer wieder schließen konnten. Selbstverständlich stimme seine Fraktion diesem Haushalt zu.

Kreisrat Dr. Schüren stimmte Kreisrat Dr. Linduschka zu. Zum Redebeitrag von Kreisrat Spinnler sagte er, dass er nicht bereit sei, sich zwei Haushaltsreden anzuhören, das ginge nicht, dies müsse man für die Zukunft klar machen. Zum vorliegenden Antrag äußerte er, die

Begründung sei unsäglich und er sei entsetzt darüber, dass sich Kreisrat Scherf nicht von dieser distanziert habe. Weiterhin sei niemand außer dem Kollegen Reinhard auf den vernünftigen Gedanken gekommen, die 1,5 Mio. Euro nicht zu verteilen, sondern Schulden abzubauen und weniger Kredite aufzunehmen. Man wolle doch nicht alles auf die Nachkommen übertragen. Wenn man weiterhin versuchen wolle, keine Nettoneuverschuldung bei gleichzeitiger Senkung des Schuldenstandes zu erreichen, könne er dies jedem im Landkreis so erklären, dass er es verstehe. Es sei langfristig zum Vorteil der Bürger. Er habe auch langsam den ewigen Kampf der Kommunen gegen den Kreis satt. An Kreisrat Spinnler richtete er die Frage, was der Kreis den Kommunen zurückgebe? Antwort: gescheite Straßen, gescheite weiterführende Schulen, vernünftige Sozialleistungen und -einrichtungen! Auf die Schulen gehen nicht nur unsere Kinder und die des Landrates, sondern alle Kinder aus dem Landkreis und aus allen Gemeinden.

Landrat Schwing stimmte ihm voll zu.

Kämmerer Straub fügte hinzu, er sei 32 Jahre Kämmerer, eine solche Diskussion um die Kreisumlage wie am heutigen Tage habe er auch noch nicht erlebt. Dabei habe man einen riesigen Berg an Generalsanierungen mit 50 Mio. vor sich liegen. Man habe 2 Mio. Euro an Kreditaufnahmen dabei. Der Bezirk habe 1,3 Mio. Euro Zinsen bei 11 Mio. Euro Kredite – der Landkreis habe 1,4 Mio. Euro Zinsen bei 37 Mio. Euro Kredite. Bisher habe sich der Kreistag immer recht gut zurücklehnen können, der Kämmerer müsse sehen, wo das Geld herkomme. Man habe 40 Mio. Euro seit 2005 finanziert und habe zugleich Schulden gesenkt. Dies müsse man deutlich sagen. Für eine Weiterfinanzierung müsse man auch in 2013 auf plus 2 Mio. Euro im Ergebnishaushalt kommen, dies habe er in den Vorberatungen mehrfach deutlich gesagt. Er als Kämmerer müsse einen Haushalt vorlegen, der die Belange des Kreises berücksichtige, nicht die der Kommunen.

Kreisrat Stappel erklärte, der vorliegende Antrag zeige kein unternehmerisches Denken. Die Kreisumlage werde gebraucht und diene auch als Sicherheit für das Jahr 2014. Wenn man den Vergleich in Unterfranken sehe, solle man doch dabei bleiben. Es gehe um den ganzen Landkreis und Bürger, nicht um einzelne Kommunen.

Kreisrat Reinhard beantragte, die Mehreinnahmen dazu zu nutzen weniger Schulden aufzunehmen.

Zur Kritik von Kreisrat Scherf bezüglich des Umganges mit Kreisrat Scholz bemerkte Landrat Schwing, dass dieser besser an den Haushaltsberatungen teilnehmen sollte.

Der Kreisausschuss fasste folgende

B e s c h l ü s s e:

- 1. Der Antrag von Kreisrat Reinhard wurde bei drei Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.**
- 2. Die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen, ödp und den Freien Wählern auf Senkung der Kreisumlage wurden bei drei Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.**
- 3. Der Kreisausschuss empfahl dem Kreistag mehrheitlich bei drei Gegenstimmen, den Haushaltsplan 2013 unter Zugrundelegung einer Kreisumlage von 46% zu verabschieden.**

Tagesordnungspunkt 3:

ÖPNV-Maßnahmen 2013:

**Förderung von Ausrüstungsgegenständen der Verkehrsunternehmen –
Anpassung der Förderkriterien**

Herr Betz erläuterte die Beschlussvorlage:

Seit 2002 fördert der Landkreis Miltenberg auf Antrag der Unternehmen die Ausrüstung der Fahrzeuge mit sogenannten Matrixanzeigen, d.h. großformatige Zielanzeigen an der Front, der Seite und am Heck der Omnibusse. Diese Förderung erfolgte unabhängig von der Fahrzeugförderung des Freistaates Bayern bei der Neu- bzw. Ersatzanschaffung von Fahrzeugen durch die Unternehmen.

Seit 2009 ist die Ausrüstung von Omnibussen mit Matrixanlage Voraussetzung für die Beantragung der Fahrzeugförderung des Freistaates Bayern, daher kann eine ergänzende Förderung des Landkreises Miltenberg nicht aus den staatlichen ÖPNV-Zuweisungen gefördert werden sondern nur aus originären Kreismitteln.

Es wird daher vorgeschlagen, die Förderkriterien wie folgt neu zu fassen:

Die Beschaffung von Matrixanlagen wird vom Landkreis Miltenberg in den Fällen gefördert, in denen das Verkehrsunternehmen keine Fahrzeugförderung des Freistaates Bayern erhalten hat oder vorhandene ältere Fahrzeuge mit solchen Anlagen nachgerüstet werden.

Die Förderung wird auf 50% der Nettoanschaffungskosten, höchstens auf 2.500 Euro pro Fahrzeug limitiert.

Der Kreisausschuss fasste einstimmig den

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die Anpassung der Förderkriterien an die Vorgaben der **Regierung von Unterfranken in der aufgezeigten Weise.**

Tagesordnungspunkt 4:

Anfragen

Kreisrat Dr. Schüren bemerkte, er habe lange nicht an einer so vergnüglichen Veranstaltung wie „40 Jahre Landkreis“ teilgenommen, dies wollte er Herrn Rütth berichten. Ein tolles Programm mit guter Stimmung, ein großes Lob an die Organisatoren.

Landrat Schwing dankte für das Lob. Man wollte keinen normalen Ehrenabend, sondern etwas Besonderes machen. Leider sei eine ganze Reihe trotz Anmeldung nicht gekommen (33 Personen) und viele haben sich leider gar nicht gemeldet. Ansonsten stimme er ihm voll zu, er habe auch selten einen so entspannten Abend erlebt.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin